DIE LINKE.

AUSGABE 06/2017

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

Sofortinfo aus dem Kreisvorstand 2

Kreistagsfraktion 3

Jahrhundertfrost bedroht Existenz *4*

Politische Bildung 5

Kultur 8

Gemischtes *9*

Parlamentarische Initiativen im Landtag 10

Erinnerungskultur leben *11*

Termine 12

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Polizei – Zur Lage in Naumburg

Ein syrischer Clan hält Naumburg im Atem, so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen in den letzten Wochen. Es wurde mehr Polizei nach Naumburg beordert, der Innenminister Stahlknecht kam nach Naumburg und erklärte die Unterstützung durch die Bereitschaftspolizei aus Halle.

Ein genauer Blick auf die Angelegenheit verrät viel mehr. 28 Streifenpolizisten gibt es also in Naumburg. Diese müssen 7 Tage die Woche, 24 Stunden abdecken. Das allein ergibt 164 Wochenstunden oder anders ausgedrückt, 4 Polizisten sind allein nötig, um den Dienst rund um die Uhr abzudecken. Es kommen Abwesenheiten durch Urlaub, Krankheit, Fortbildung etc. dazu. Dadurch dürften sicher 4 Polizisten nicht im Dienst sein. Es blieben also nur 24 - dies geteilt durch 4 ergibt 6 Polizisten pro Stunde oder eben 3 besetzte Streifenwagen.

Der ganze Aktionismus in den letzten Tagen macht eins deutlich. Die Sparpolitik der Landesregierung trägt überall ihre Früchte. Es wird auf Kosten der Personaldecke bei der Polizei gespart, das Ergebnis, es fehlt an allen Ecken und Kanten Personal.

Zur Erinnerung aus dem Wahlprüfstein zur Landtagswahl 2016:

Momentan fehlen unseren Schulen nicht die Kinder, sondern die Lehrerinnen und Lehrer. Wir werden die Personalplanung des Landes wieder am wirklichen Bedarf festmachen, um die Unterrichtsversorgung, inklusive Bildung und ein gutes Schulnetz zu gewährleisten. Die Ausbildungskapazitäten von Polizistinnen und Polizisten müssen schnell erhöht werden. Eine gelungene Polizeireform muss die Präsenz der Beamten in der Fläche sichern.

Wenn selbst wir als Partei DIE LINKE schon vor über einem Jahr mehr Polizei gefordert haben, zeigt dies doch, dass die Probleme bekannt waren. Es hilft nur, mehr Polizisten auszubilden und diese vor Ort in der Fläche zu haben. Derzeit wird nur das Personal verlagert.

Besonders verwundert es doch, wenn sich der CDU-Landtagsabgeordnete Daniel Sturm an seinen Innenminister wendet, weil es ein Problem mit ein paar schon lange in Deutschland lebenden Syrern gibt. Auch wenn es nun eine größere Polizeipräsenz in Naumburg gibt, die Probleme des Burgenlandkreises sind damit nicht gelöst. Wir brauchen mehr Polizeipräsenz und dies nicht nur in Naumburg. Gerade auch in den umliegenden Orten würden sich die Bürgerinnen und Bürger sicherer fühlen, wenn öfter Polizei sichtbar wäre.

Herr Sturm, wenn sie es ernst meinen, dann stimmen Sie keinem Haushalt zu, der nicht für mehr Polizei steht.

Kay Franke

Vorsitzender BO Naumburg

Sofortinformation an die Vorsitzenden der Basisorganisationen

Am 9. Mai 2017 fand in Zeitz eine Kreisvorstandssitzung statt. Es waren 6 von 9 KV-Mitgliedern, sowie Gäste anwesend.

Die Protokollkontrolle ergab keine Beanstandungen. Die geplante Tagesordnung wurde auf Antrag erweitert.

Es wurde der Beschluss gefasst, am 6. Mai 2018 die Veranstaltung „Lesen wider das Vergessen“ in Naumburg durchzuführen.

Gunter Schneider informierte aus dem Kreiswahlbüro gleichlaufend zur Beratung der BO-Vorsitzenden am 27.04.2017.

Es wurde der Beschluss zur Einberufung des 6. Kreisparteitages für den 21. Oktober 2017 um 10.00 Uhr in Hohenmölsen (alternativ Freyburg) gefasst. Die BO-Vorsitzenden werden gebeten diesen Termin bereits bei der Delegiertenwahl mit in den BOen bekanntzugeben.

Es wurden Ausführungen zum Sommerfest am 02.09.2017, 11.00 – 16.00 Uhr in Weißenfels gemacht. Organisatorisches steht, Lars Bryzk wurde gebeten ein Konzept schriftlich zu erstellen. Einladungen werden erstellt.

Zur Bürgermeisterwahl in Lützen haben sich Lars Bryzk und Daniela Müller (Wahlkampfleiterin Lars) geäußert. Konzept und Kontakte stehen weitestgehend. Lars hat mit BO Hohenmölsen/ Lützen Unterstützungsbeschluss besprochen, wird in den nächsten Tagen terminiert. Die Organisation des Wahlkampfes liegt in der Hand von Daniela Müller und Lars Brzyk.

Es wurde beschlossen, der KAG Senioren ein Jahresfinanzbudget in Höhe von 500,00 Euro für die Arbeit zu gewähren. Das Geld ist im Finanzplan des Kreises einzustellen.

Der Umlaufbeschluss zur Beschaffung des DIE LINKE-Pavillion wurde bekanntgegeben. Es wurde ein solcher Pavillion durch Gunter Schneider bestellt und kann zum Wahlkampf und danach für die BOen ausgeliehen werden.
Es wurde beschlossen, 150 Stück Sonnenbrillen als Wahlkampfmittel zu beschaffen. Diese können gegen einen Spende zum Wahlkampf mit ausgegeben werden.

Es wurde eine Einverständniserklärung von Petra Hörning zur Kandidatur als Bürgermeisterin in der Elsteraue für DIE LINKE. bekanntgegeben und verlesen. Die BO Elsteraue wurde über diese Bereitschaftserklärung informiert und ist gebeten, sich über diese Bewerbung zu verständigen und ggf. die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen. Danach wird der Kreisvorstand die ebenso notwendigen Beschlüsse fassen. Im Allgemeinen gab es keine Widerspruch zur Kandidatur.

Das Treffen kommunaler Mandatsträger im Kreisverband wurde für den 12.06.2017 mit einer entsprechenden Einladung versehen. Diese wird in den nächsten Tagen an die Mandatsträger verschickt.

Das Protokoll dieser Sitzung ist bereits fertig und kann beim Kreisvorstand eingesehen werden.

Die nächste planmäßige Kreisvorstandssitzung findet am 15.06.2017 in Weißenfels statt. Dazu werden die BO-Vorsitzenden wieder mit eingeladen.

Katja Bahlmann
Vorsitzende des Kreisverbandes

DIE Zukunft , für die wir kämpfen:

SOZIAL.GERECHT.

FÜR ALLE: DIE LINKE. SACHSEN-ANHALT

Der Kreisverband der LINKEN und die Kreistagsfraktion DIE LINKE. Burgenlandkreis sowei das kommunalpolitische forum Sachsen-Anhalt laden ein zum:

1. Mandatsträger-treffen im BLK

Impulsreferat:
Zusammenhänge Landeshaushalt und Kommunalhaushalte der Städte und Gemeinden, Zukunftsplanungen des Landes Sachsen-Anhalt

Referent: Swen Knöchel, Fraktionsvorsitzender und haushaltspol. Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Landtag Sachsen-Anhalt

Montag, 12. Juni 2017, ab 16.00 Uhr

im Hotel Edelacker, Freyburg

Neues aus der Kreistagsfraktion

Die **Kreistagsfraktion im Burgenlandkreis** wollte Genaueres zu öffentlichen Mobilitätsangeboten für Menschen mit einem geringen Einkommen erfahren und stellte deshalb Fragen an den Landrat:

1. Mit welchen freiwilligen kommunalen Leistungen unterstützt der Landkreis bisher einkommensschwache Menschen in ihrer Mobilität, um ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen? Welche finanziellen Mittel wurden dafür jeweils in den vergangen 5 Jahren aufgewendet?

2. Wie bewerten Sie die Notwendigkeit einkommensschwache Menschen in ihrer Mobilität zu unterstützen, um ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen?

3. Halten Sie es für gerechtfertigt ein Sozialticket einzuführen? Wenn ja, für welche Leistungen und nach welchen Kriterien sollte es ausgegeben werden?

4. Könnte ein Zuschuss des Landes dazu führen, dass sich der Landkreis dafür entscheidet, ermäßigte Einzel- oder Zeitfahrausweise für Menschen mit einem geringeren Einkommen einführen?

Und diese Antworten haben wir vom Landrat erhalten:

Sehr geehrte Frau Krößmann,
die in Ihrer Anfrage in den Blick genommenen Kosten der Mobilität stellen in der Tat für viele Menschen im Burgenlandkreis ein Problem dar. So können Programme des 2. Arbeitsmarktes zum Teil auch deswegen nicht mehr gefüllt werden, weil die Distanz zwischen Wohn– und Einsatzort aus finanziellen Gründen nicht überwunden werden kann. Auch im Rahmen unserer Verwaltung und aktuell des Aufbaus der Migrationsagentur müssen wir diese Problematik im Auge behalten.
Die Sozialleistungssysteme der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten dem Grundgesetz entsprechend jedem Bundesbürger die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Als Teil dieser Systeme unterstützt das Jobcenter des Burgenlandkreises die Leistungsbezieher bei ihrer Mobilität in verschiedener Hinsicht.
Diese Ausgaben betrugen bei uns im Jahre 2016 insgesamt 506.000 €. Darunter fallen 243.000 € für Pendelfahrten für 780 Leistungsbezieher, dies macht also ca. 312 € pro Leistungsbezieher aus. Für den Erwerb eines Führerscheins erhielten 230 Leistungsbezieher jeweils ca. 800 €, mithin insgesamt 184.000 €. Mit 79.000 € unterstütze das Jobcenter 104 Leistungsbezieher bei der Anschaffung eines Pkw, folglich mit ca. 760 € pro Fall.

Zu Frage 1:
Der Burgenlandkreis unterstützt alle Bürger in ihrer Mobilität soweit sie Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel sind. Im Jahr 2015 gab der Burgenlandkreis 5.143.014,00 € für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als freiwillige Leistung des Kreishaushaltes aus. Damit bezuschusst der Burgenlandkreis jede Fahrt der Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis (PVG) mit 2,46 €. Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs sind vor allem Kinder und Jugendliche, Erwerbslose und ältere Menschen, also überwiegend einkommensschwache Menschen. Insgesamt betrug der Zuschuss in den letzten fünf Jahren 23,6 Mio. €, wobei eine Steigerung von 3,8 Mio. € im Jahr 2012 auf 5,6 Mio. € im Jahr 2016 zu verzeichnen ist. Betonen möchte ich an dieser Stelle, dass andere Landkreise in Sachsen-Anhalt vergleichsweise weniger bzw. keine eigenen Kreismittel für den ÖPNV zur Verfügung stellen.

Zu Frage 2:
Ich halte es für wichtig, für alle Menschen attraktive Mobilitätsangebote vorzuhalten—gerade im ländlichen Raum. Denn dort ist es von besonderer Bedeutung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, da die Wege von abgelegenen Orten zu kulturellen oder gesellschaftlichen Einrichtungen in den Städten entsprechend länger sind. Deshalb wird der Burgenlandkreis auch in Zukunft freie Mittel dazu verwenden, das Angebot des ÖPNV auf einem stabilen Niveau zu halten. Allerdings muss auch deutlich gesagt werden, dass der Landkreis mit der Finanzierung des ÖPNV im Jahr 2016 seine Leistungsgrenzen erreicht.

Zu Frage 3:
Im MDV gibt es Kommunen, die ein solches Sozialticket anbieten, für Zeitkarten. Vor Einführung des sog. Sozialtickets müssen wir genau definieren, für welchen Personenkreis bzw. für welche Einkommensgrenze dieses Ticket einzuführen wäre. Auf dieser Grundlage könnte dann abgeschätzt werden, welche finanziellen Auswirkungen ein solches Ticket auf den Kreishaushalt hätte. Dieser weist, wie Sie wissen, auf lange Sicht leider keine großen Spielräume auf.

Zu Frage 4:
Grundsätzlich ist die Situation so, dass Zuschüsse des Landes oftmals an die Bedingung geknüpft sind, auch entsprechende Eigenanteile zu erbringen. Wie ich bereits eingangs bemerkt habe, befindet sich der Landkreis jedoch an der Leistungsgrenze, was die Bezuschussung des ÖPNV betrifft.

Aktuell hat die Kreistagsfraktion folgenden Antrag im Kreistag gestellt:

Beschlussgegenstand: Verbesserung der Arbeits- und Lernbedingungen an der Vhs Zeitz

Beschlussentwurf: Die Kreisverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Verbesserung der Arbeits- und Lernbedingungen an der Volkshochschule Zeitz sowohl für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer zu erarbeiten.

Begründung: Die Volkhochschule in Zeitz befindet sich in den 2 unteren Etagen der Landkreisverwaltung in Zeitz. Ursprünglich war das gesamte Gebäude durch die Vhs belegt. Nach der Flut 2013 konnte die Kreisverwaltung ihr altes Gebäude nicht mehr benutzen und zog nach großzügiger Renovierung in das Gebäude der Vhs. Bei der Renovierung wurden aber nur die Räume der Kreisverwaltung berücksichtigt. Die Vhs blieb von der Renovierung weitestgehend unberührt.

Die jetzigen Bedingungen in der Vhs sind dringend zu verbessern. Das betrifft die organisatorisch-technischen Bedingungen (keine Parkplätze, keine Sicherheit für Kursteilnehmer und Mitarbeiter, keine Barrierefreiheit) und vor allem die hygienischen Bedingungen. Die öffentliche Toilettenanlage für alle Besucher des Hauses befindet sich am Ende des Flures im unteren Bereich der Vhs, so dass jeder Besucher des Hauses an den Büros, Arbeitsräumen und Schulungsräumen vorbei muss. Die Sicherheit ist somit nicht gegeben.

Parkplätze sind dringend zu schaffen, da die Vhs an 2 Seiten von einer sehr frequentierten Straße eingeschlossen ist und hier nur für 4 Autos Parkmöglichkeit besteht. Aus oben genannten Gründen besteht dringender Handlungsbedarf.

Zahlreiche Winzer durch Jahrhundertfrost in ihrer Existenz bedroht

Von Roland Claus

Der Kaltlufteinbruch in Verbindung mit Strahlungsfrost hat in den Nächten vom 19. bis 21. April 2017 zu katastrophalen Schäden an den Reben in ganz Deutschland geführt. Zwar ist es für eine belastbare Bezifferung des Schadens noch zu früh, allerdings ist schon heute sicher, dass wirtschaftliche Hilfestellungen für betroffene Betriebe notwendig sind. Allein in Baden-Württemberg weisen rund 7.000 Hektar der insgesamt 28.000 Hektar Weinbauflächen starke Frostschäden bis hin zu Totalschäden auf. Für zahlreiche Betriebe hat der Jahrhundertfrost existenzbedrohende wirtschaftliche Konsequenzen.

Um Hilfsmaßnahmen zu konkretisieren, arbeiten die Weinbauberater vor Ort derzeit mit Hochdruck an der Erfassung belastbarer Daten. Nichtsdestotrotz werden parallel schon Hilfen auf Bundes- sowie der jeweiligen Landesebene geprüft.

Die Weinbaupolitischen Sprecher aller Bundestagsfraktionen erklären hierzu: **„Zuerst gilt es, den Winzerinnen und Winzer bei der Bewältigung der aktuellen Krisensituation zur Seite zu stehen. Alle Unterstützungsmaßnahmen müssen hierbei ergebnisoffen hinsichtlich Realisierbarkeit, Kurzfristigkeit und Finanzierung diskutiert werden. Langfristig gesehen muss hinsichtlich der starken Klimarisiken in der Landwirtschaft eine umfassende Strategie entwickelt werden. Möglichkeiten der Schadensbeschränkung und Risikominimierung müssen sowohl auf internationaler Ebene als auch national geprüft werden. Die Einführung von Risikomanagementmaßnahmen in der EU-Agrarpolitik ab 2021 als auch nationale steuerliche Regelungen und Versorgungs- wie auch Vorsorgemaßnahmen müssen diskutiert werden. Invasive Arten wie die Kirschessigfliege oder auch Erkrankungen wie der Falsche Mehltau werden in Zukunft durch die Folgen des Klimawandels nicht weniger werden. Zwar mag der deutsche Weinbau insgesamt vom Klimawandel aufgrund der wärmeren Temperaturen profitieren. Vermehrte Wetterextreme wie Frost oder lange Trocken- bzw. Regenperioden stellen aber auch die deutschen Winzerinnen und Winzer vor große Herausforderungen. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe muss die Politik mit flankierenden Maßnahmen zur Seite stehen.“**

Das Parlamentarische Weinforum ist ein parteiübergreifender Zusammenschluss der weinbaupolitischen Sprecher aller Bundestagsfraktionen. Das Weinforum wirbt unter anderem für die herausragende Qualität deutscher Weine im Inland wie Ausland. Darüber hinaus kommt dem Weinforum in Krisenzeiten wie auch in der allgemeinen Gesetzgebung im Weinbau herausragende Bedeutung zu, da Entschlüsse in der Regel einstimmig gefasst werden.

Die diesjährige Ausrichtung des parlamentarischen Weinforums des Deutschen Bundestages am 30. Mai wurde durch Roland Claus und sein Team organisiert. Einheimische Winzer der Saale-Unstrut-Region sind eingeladen, ihre Weine zu präsentieren und über Sorgen und Nöte zu informieren.

Denkanstöße zur Umgestaltung einer aus den Fugen geratenden Welt

Winfried Steffen

Politische Bildung, Teil 41 - Schlussteil

Der Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis des Förderalismus ist Ausgangspunkt mancher politischer und sozialer Probleme.

Traditionell ist der Förderalismus aus den Bewegungen und Aktionen in Verbindung mit der bürgerlichen Revolution von 1848/49 hervorgegangen. Die zentralistische Nazidiktatur führte in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, nachdem zuvor 1933 der mit gewichtigen Vollmachten ausgestattete Reichspräsident Paul von Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte. Daraus Lehren ziehend, haben die Gründerväter der Bundesrepublik den förderalen Staatsaufbau gesetzt. Die Bundesländer sind mit vielen Vollmachten ausgestattet. Die Förderalstruktur ist der Pflege von historisch gewachsenen Traditionen auf den verschiedensten Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung und der Berücksichtigung unterschiedlicher Mentalitäten in den einzelnen Regionen sehr dienlich und förderlich. Diese Struktur ist aber auch sehr kostenaufwendig. Ob große Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen oder kleine Bundesländer wie Saarland, Bremen und Sachsen-Anhalt—alle haben eigene Parlamente, Regierungen und die volle Bandbreite von Behörden. Schon aus Kostengründen ist eine Reform dieser Struktur seit langem rationell angebracht. Die Zahl der Bundesländer ist zu reduzieren. Doch welche Bundesländer wollen auf die mit der bisherigen Struktur verbundenen Pfründe verzichten? Die Förderalstruktur stellt die Quelle vielen bürokratischen Aufwandes dar—beispielsweise in Gestalt unterschiedlicher Gesetzesinhalte, Vorschriften und Normen für verschiedene Gebiete des Lebens. Im Zeitalter der Globalisierung erweist sich die derzeitige Handhabung des Förderalismus insbesondere für das Bildungswesen als spürbare Bremse für dessen effektive Gestaltung. Unterschiedliche Bildungssysteme auch in Kernfächern—jede Schule legt fest, mit welchen Lehrbüchern gearbeitet wird -, unterschiedliche Bewertungsnormen für das Abitur und dessen Anerkennung schmälern die Effizienz der in Deutschland angebotenen Bildung. Ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ist, um international konkurrenzfähig zu sein, auf größtmögliches Nutzen seines intellektuellen Potentials angewiesen. Dessen Nutzung war eine Hauptquelle für das damalige Deutsche Reich und auch für das Wirtschaftswunder und den Wiederaufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg. Das bundesdeutsche Bildungssystem entspricht strukturell noch dem des Deutschen Reiches zu Bismarcks Zeiten. Das moderne Bildungssystem der DDR—aufeinander aufgebaut von der Kinderkrippe über Kindergarten, Polytechnische Oberschule, Erweiterte Oberschule bis zu Fachschule, Hochschule und Universität, staatlich finanziell gesichert—galt als Modell für zahlreiche Länder, besonders in Skandinavien. Länder mit einem solchen modernen Bildungssystem liegen bei den PISA-Vergleichen an der Spitze, Deutschland nur im Mittelfeld. Von den hochentwickelten Ländern ist in Deutschland aufgrund des Bildungsprivilegs für finanziell Bessergestellte die Aussicht auf hochwertige Bildung deutlich am Günstigsten, für Kinder aus minder bemittelten Schichten am Ungünstigsten. In Deutschland wachsen laufend die bildungsfernen Bevölkerungsteile. Deshalb ist zu fordern, dass in einem so reichen Land wie Deutschland jegliches Bildungsprivileg für Begüterte abgeschafft wird, mit Bildung nicht wie mit beliebigen Waren umgegangen wird und alle Kinder des Volkes dafür Zugangsmöglichkeiten haben.

Einen ausgesprochener Schwerpunkt stellt wohl auch die Ausbildung einer den Bedarf deckenden Anzahl an qualifizierten Lehrkräften dar. Auf diesem Gebiet wird fälschlicherweise besonders gespart. Kriterium müssen Bildungsbedarf und –inhalt sein, nicht die jeweilige Kassenlage des Bundeslandes. Ähnlich wie im Umgang mit dem Schulwesen und der Ausbildung und dem Einsatz von Lehrern verhält es sich mit der Handhabung der Probleme in der Kulturlandschaft. Deren Ausdünnung - beispielsweise die Schließung oder Zusammenlegung von Theatern und Klangkörpern, die Schließung von Museen—bewirkt

einen geradezu alarmierenden Schwund an kulturellen Einrichtungen. Private Spielotheken und Casinos stellen dafür keinen Ersatz dar.

Die Größe der Wucht der im 21. Jahrhundert anstehenden globalen Probleme kann nur durch vermehrte Anstrengung der Zivilgesellschaft bewältigt werden. Den letztlich bedeutendsten Faktor und damit zugleich auch Wachstumsfaktor stellt die Bildung des Volkes dar. Ein hinreichend gebildetes Volk, das wahrheitsgetreu über die kurzzeitigen und langfristigen Inhalte der globalen Probleme informiert wird, eine Gesellschaft, in der Wille zur Freiheit und Pflicht zur Verantwortung verbunden sind, stellt den Schlüssel zur Problembewältigung dar. Da besteht ein immenser Handlungsbedarf.

Damit steht die herrschende politische Elite vor Herausforderungen, die im Zeitalter von Atomtechnik und Globalisierung ungleich höher sind als in den vorangegangenen Jahrhunderten. Fehlentscheidungen können im 21. Jahrhundert ruinöse, existenzielle Folgen für die Menschen als Ganzes, für unseren einzigartigen Planeten haben. Es kann tödliche Folgen nach sich ziehen, wenn Regierungen und Lenker von Staaten unbedachte Entscheidungen treffen. Alle machtausübenden Personen müssen vor ihren Entscheidungen alle möglichen Folgen bis zum Ende ausloten.

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschenden politischen Eliten hatten nicht an die Folgen dessen, was sie eingeleitet hatten, gedacht. Das Ergebnis waren erstmals ein Weltkrieg, die bis dahin größte Katastrophe für viele Völker einschließlich des Untergangs von vier großen Reichen: der Hohenzollernmonarchie, der Habsburger Monarchie, des russischen Zarenreiches, des Osmanischen Reiches. Hitlers Vabanquespiel des Alles oder Nichts führte am Ende zum Selbstmord im Bunker der Reichskanzlei. Hätte er das geahnt, er hätte wohl zumindest den Überfall auf die Sowjetunion unterlassen.

Die damaligen Präsidenten der USA dachten offenkundig nicht an das Ende, was ihre Entscheidung, bis zu 650 000 Mann in den Vietnamkrieg zu schicken, hervorbrachte: 50 000 tote amerikanische Soldaten, noch mehr traumatisierte Kriegsteilnehmer, ein verbranntes Land u.a.m.

US-Präsident George W. Bush und die NATO-Befehlshaber haben am Beginn des Afghanistankrieges nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 nicht einkalkuliert, dass dieser nicht zu gewinnen ist, dass man anderen Völkern nicht völlig andere Gesellschaftsmodelle einfach überstülpen kann. Jetzt dauert dieser Krieg schon länger als beide Weltkriege zusammengerechnet, Ende nicht absehbar. Und die deutsche Bundeswehr ist dort mitbeteiligt. Die US-Präsidenten und die NATO-Strategen, die den Irakkrieg zum Sturz von Saddam Hussein entfesselten und die so genannten Rebellen in Libyen, Syrien und andernorts in Marsch setzten, haben sicher auch nicht an das gedacht, was dabei herauskam: Entstabilisierung bis hin zur Zerstörung der Zivilgesellschaft und Bürgerkrieg. Ein Beispiel für verantwortungsvolles Vorgehen waren die Entscheidungen von US-Präsident Kennedy und Nikita S. Chruschtschow, als das Schicksal der Völker auf den Messers Schneide stand. Die Entscheidung der DDR-Führung und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland ermöglichten eine friedliche Revolution unter dem Motto „Wir sind das Volk“ und es fiel kein Schuss.

Nach dem Jahrhundert der Weltkriege, im Atomzeitalter und unter den Bedingungen der Globalisierung ist imperiale Machtpolitik, sind Konzepte, anderen Völkern ihnen fremde Gesellschaftsmodelle mit Gewalt überstülpen zu wollen, nicht mehr zeitgemäß. Die jetzt tagtäglichen Ereignisse und Erfahrungen bezüglich der unzähligen Konfliktherde in vielen Teilen der Welt zeugen immer wieder davon: Internationale Streitfragen können nirgendwo gewaltsam, mit einem kleinem oder etwas größeren Krieg gelöst werden. Nur geduldige Verhandlungen zwischen entgegengesetzten Seiten, bei denen Kompromissbereitschaft den Angelpunkt bildet, führt zu politischen Lösungen. Das ist der einzige gangbare Weg. Dazu gehören Geduld, Verhandlungsgeschick, ein langer Atem. Parlamentarische Legislaturperioden stellen keinen ausreichenden zeitlichen Rahmen dar. Regierende und parlamentarische Mandatsträger soll-

ten ihr politisches Vorgehen nicht an legislativen Zeiträumen messen.

Für die globalen Herausforderungen, vor denen alle Staaten stehen, gibt es keine leichten oder schnellen Lösungen. Derzeit steht im begonnenen Bundestagswahlkampf die Flüchtlingspolitik im Mittelpunkt. Die politischen Kräfte, die am rechten Rand des gesellschaftlichen Spektrums durchaus massenwirksam agieren, propagieren mit lautstarkem, demagogischen Rechtspopulismus, gespickt mit Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, rasche Lösungen an zu Lasten der bürgerlich-demokratischen Ordnung und Menschlichkeit. Tatsächlich unterstützt die AfD vollinhaltlich das neoliberale Konzept, gibt sich jedoch aus als die Interessenvertreterin der kleinen Leute. Auf diese Weise gelangte die AfD bei allen Wahlen seit 2015 in die Landtage, sogar mit zahlenmäßig starken Fraktionen.

Mit bloßer Ignoranz und pauschaler Klassifizierung als Rechtsextreme, als Rassisten und Nationalisten konnte der Vormarsch von AfD, Pegida und anderen rechtsextremistischen Gruppierungen nicht aufgehalten werden. Für demokratische Parteien kann es nur zwei vernünftige Wege beim Umgang mit der AfD geben: 1. Zur bürgerlichen Demokratie gehört, sich mit anderen politischen Parteien—die AfD stellt beispielsweise in Sachsen-Anhalt die zweitstärkste Landtagsfraktion—offen, argumentativ und sachlich auseinanderzusetzen; deren Boykott begünstigt sie, kann für diese Pluspunkte bringen. 2. Die AfD muss entzaubert werden, indem ihre Mandatsträger in Verantwortung genommen werden. Dann müssen sie Farbe bekennen, Kompetenz nachweisen. So wird geklärt, was ihre populistischen Wahlversprechungen und Parolen wert sind. Die Wählerinnen und Wähler werden die AfD-Abgeordneten an ihren Taten messen und bewerten.

Die Bewältigung der fundamentalen globalen Herausforderungen wird gelingen unter zwei unabdingbaren Voraussetzungen—keinesfalls ohne diese: Die Ratio, der Inbegriff menschlichen Geistes und Verstandes, muss zu voller Wirksamkeit gebracht werden. Nur, wenn die Weltgemeinschaft zielstrebig und angemessen ökonomisch, ökologisch, den Klimawandel beachtend und sozial handelt, werden künftige Generationen unseren einzigartigen Planeten lebenswert erhalten und gestalten können. Das Instrument dazu ist die Demokratie, die gestaltet werden muss. Barack Obama hielt am 16. November 2016 im Kulturzentrum Stavros Niarchos in Athen als scheidender US-Präsident eine richtungsweisende Rede, eines Friedensnobelpreisträgers würdig. Er führte u.a. aus: „In der Geschichte der Menschheit gab es immer jene, die argumentiert haben, die Menschen könnten mit Demokratie nicht umgehen, sie könnten mit Selbstbestimmung nichts anfangen und bräuchten stattdessen jemanden, der ihnen sagt, was zu tun sei. Das ist auch heute noch so. Doch die Flamme der Demokratie, die in Athen entzündet wurde, ist nie erloschen...Demokratien erfordern Kompromisse...In unserer globalisierten Welt wandern Menschen mit ihren Ideen, Kulturen und Traditionen ein und aus. Das bereichert unsere Gesellschaften, sorgt aber auch für Spannungen. Eine moderne Weltwirtschaft und ihre Folgen führen dazu, dass unsere Welt sich fundamental verändert. Unsicherheit und ein gewisses Unbehagen liegen in der Luft, niemand von uns kennt die Zukunft. Geschichte verläuft nicht immer geradlinig...Die Demokratie in Griechenland hat sich nicht geradlinig entwickelt. Und das vereinte Europa erst recht nicht. Fortschritt ist niemals garantiert. Er muss von jeder Generation neu verdient werden. Aber ich glaube, wir können aus der Geschichte Hoffnung schöpfen. Der Bogen des moralischen Universums ist weit, aber er neigt sich Richtung Gerechtigkeit. Dieser Bogen neigt sich nicht nur Richtung Gerechtigkeit, weil das zwangsläufig so sein muss, sondern weil wie ihn entsprechend biegen. Nicht etwa, weil es keine Hürden gäbe auf dem Weg, Gerechtigkeit zu erlangen. Sondern weil es Menschen geben wird, Generation auf Generation, die die Vision, den Mut und den Willen haben, den Bogen unseres Lebens zu einem besseren Zukunft hinwenden zu können…

Denn am Ende liegt es an uns. Es ist nicht die Aufgabe eines Anderen, nicht die Verantwortung eines Anderen, sondern es sind die Bürgerinnen und Bürger unserer Länder und dieser Welt, an denen es ist, den Bogen der Geschichte in Rich-

tung Gerechtigkeit zu ziehen. Und das zu tun ermutigt uns die Demokratie. Darum ist das höchste Amt nicht das des Präsidenten oder der Premierministerin. Der wichtigste Titel heißt: Bürger.“ [2])

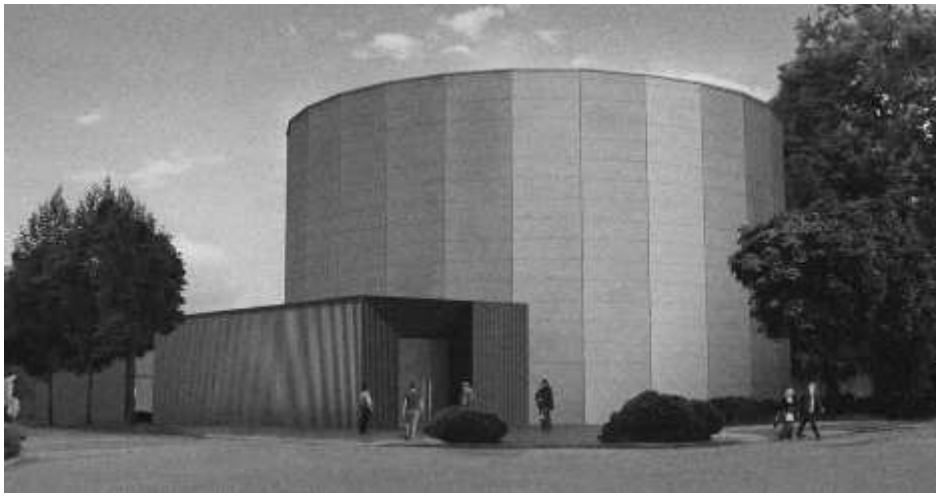
---

1) Vgl. Kaufmann, Stephan, Hellseher in der Sackgasse. In: Mitteldeutsche Zeitung, Nr. 286, 08.12.2016, S. 20

2) „Am Ende liegt es an uns.“ In: Publik Forum, Nummer 24/16, S.22

Der Autor stützte sich beim Anfangsteil (S.1-2) auf: Faszination Weltgeschichte, Religion und Glaubensformen, Bertelsmann Lexikon Institut, Wissen Medien Verlag GmbH, Gütersloh/München, 2004, S.126-135, 248-249, 308-311

Luther-Panorama in Wittenberg



Aus Anlass des Reformationsjubiläums 2017 in Wittenberg, haben wir uns das 360°-Luther-Panorama von Yadegar Asisi angeschaut. Es wurde extra zu diesem Anlass gebaut. Asisi wollte damit das historische Ereignis des Thesenanschlages vor 500 Jahren, mit dem Alltagsleben zu Zeiten des Reformators Martin Luther durch ein Riesenrundbild lebendig darstellen. Das ist ihm sehr gut gelungen. Verstärkt wird der Eindruck inmitten dieser spannungsgeladenen Zeit zu sein, noch durch verschiedene Sound- und Lichteffekte und den Wechsel von Tag und Nacht. Wenn man einer Führung zuhört, bekommt man noch viele Details und Hintergrundinformationen erklärt. Zu sehen sind sowohl feudaler Prunk als auch das Leben der Gelehrten, einfachen Bürger, Handwerker und Bauern. Mit dem Lift oder der Treppe kommt man auf die Aufsichtsplattform und hat von oben einen tollen Blick auf das Geschehen.

Das Asisi-Panorama befindet sich unweit des Luther-Hauses. Dort lebte und wirkte der Reformator 35 Jahre lang und setzte eine Bewegung in Gang, die noch bis in unsere heutige Zeit nachwirkt. Einmal in Wittenberg, haben wir uns die Wirkungsstätten der Menschen angesehen, die gemeinsam an Luthers Seite diese Zeit und diese Stadt geprägt hatten. Wittenberg hat sich herausgeputzt und auf viele Gäste aus Nah und Fern vorbereitet. Ein Besuch lohnt sich!

Mai 2017 Iris Korwie
(Bilder: www.lutherstadt-wittenberg.de - Desktopfoto!

Eintrittspreise des asisi Panoramas

Erwachsene I 11,00 €
Ermäßigt* I 9,00 €
Kinder (6-16 J.) I 4,00 €
Gruppen I 9,00 € p.P. (ab 10 Pers.)
Schülergruppen I 4,00 € p.P. (ab 10 Pers., pro 10 Schüler eine Begleitperson frei)
Eltern-Kind-Ticket I 24,00 € (gültig für max. 2 Erwachsene und 2 Kinder zw. 6 und 16 J.)

*Schüler von 17 bis 20 Jahren, Vollzeitstudenten; gültig bei einer Behinderung ab 50% (freier Eintritt für eine Begleitperson bei Merkmal B im Behindertenausweis)

Öffnungszeiten
Täglich von 10.00 bis 20.00 Uhr (bis 10. September 2017)

Tickets:
Tickets erhalten Sie unter anderem in der **Tourist-Information am Schlossplatz** und in der Tourist-Information im Stadthaus.

Verhandlungsangebot der Uni Halle unverzüglich aufgreifen

Zum Angebot der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg über die weitere Bereitstellung von 700 Erstsemesterplätzen für die Lehramtsausbildung mit dem Land in Verhandlungen zu treten, erklärt der Hochschulpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Hendrik Lange:

„Die Landesregierung und vor allem die Minister für Wissenschaft und für Bildung sollten das Angebot der Universität unverzüglich aufgreifen und in Verhandlungen eintreten. Die Zeit des Zauderns und Zögerns muss endlich vorbei sein, um das gravierende Problem des Lehrkräftemangels zu lösen.

Es ist völlig unstrittig, dass mindestens 700 Erstsemesterplätze in der Lehrerausbildung gebraucht werden, allein um die Kolleginnen und Kollegen zu ersetzen, die in den nächsten 10 Jahren ihren Dienst aus Altersgründen beenden. Ein Blick nur auf die Altersstruktur der Lehrkräfte verrät sofort, dass der Ersatzbedarf noch klar über 10 Jahre auf hohem Niveau liegen wird.

Expertenrunden braucht man nicht, um diese 700 Erstsemester zu legitimieren. Diese Arbeitsgruppen müssen vielmehr ausloten, um wieviel diese 700 noch aufzustocken sind, damit ein personell stabil und angemessen ausgestattetes Schulwesen in Sachsen-Anhalt gewährleistet wird. Und es muss klar sein, dass die Universität das nicht zum Null-Tarif leisten kann.

Wir bekräftigen daher unsere Forderung, die wir auch bereits in den Haushaltsverhandlungen erhoben haben, die Universität für die notwendigen Leistungen bei der Lehrkräfteausbildung angemessen auszustatten.“

Unser Gedenken zum 8.Mai - Tag der Befreinug vom Faschismus

Von Frank Weidauer

Unser Gedenktag, der 8. Mai, fand in diesem Jahr auf Einladung des Stadtverbandes DIE LINKE Hohenmölsen-Lützen statt. Die gelungene Gedenkveranstaltung am Denkmal "Opfer des Faschismus" anlässlich des 72. Jahrestages der Befreiung lässt uns resümieren.

Unserer Einladung, die dankenswerterweise auch mehrfach von der MZ veröffentlicht wurde, folgten nicht nur viele Mitglieder unseres Stadtverbandes, sondern auch unser Bürgermeister sowie Ortsbürgermeister und Mitglieder des Stadtrates.

In bewegenden Worten erinnerte Georg Theis an die Verbrechen, die im Namen Deutschlands durch den Hitlerfaschismus begangen wurden. Dies schloss unsere Dankbarkeit an die Mächte der Antihitlerkoalition ein, besonders an die Rolle und den Blutzoll, den dabei die Völker der Sowjetunion bezahlt haben.

Lasst uns gemeinsam wachsam sein und dem Ungeist von Faschismus und Hass, in jeweder Form er sein Haupt erheben will, entgegen treten.

Und wenn wir es noch tausendmal wiederholen müssten bis es wie Asche im Mund brennt -

NIE WIEDER KRIEG!
NIE WIEDER FASCHISMUS!

Parlamentarische Initiativen zur 13. Sitzungsperiode des Landtages

Folgende eigenständige Initiativen brachte die Fraktion DIE LINKE zur Landtagssitzung am 4. und 5. Mai 2017 ein:

Gustav Adolf „Täve“ Schur in die „Hall of Fame des Sports“ (Drs. 7/1317)
Die Fraktion DIE LINKE hält die Entscheidung der Deutschen Sporthilfe, die Radsportlegende Gustav Adolf „Täve“ Schur nicht in die Hall of Fame des Sports aufzunehmen, für falsch. Der inzwischen von den aktuellen Entwicklungen überholte Antrag, die Bemühungen des Landessportbundes um eine Aufnahme Gustav Adolf Schurs in die Hall of Fame des Sports zu unterstützen, wird daher durch einen Änderungsantrag ergänzt. Dementsprechend soll der Landtag die Bemühungen der Gremien des Sports um eine kritische Auseinandersetzung und Aufarbeitung der Geschichte des Sports in beiden ehemaligen Teilen Deutschlands unterstützen. Die Landesregierung soll im Rahmen der Sportministerkonferenz dahingehende Impulse setzen. Darüber hinaus ist die Fraktion DIE LINKE der Auffassung, dass die sportlichen Erfolge Gustav Adolf Schurs unabhängig von seiner Aufnahme in die Hall of Fame des Sports durch den Landtag zu würdigen sind.

Beschlossener Doppelhaushalt bereits jetzt Makulatur (Drs. 7/1321)
Im März beschloss der Landtag den Doppelhaushalt 2017/2018. Im Haushalt verankerten die regierungstragenden Fraktionen zahlreiche Projekte, die zur Darstellung einer erfolgreichen Koalitions- und Regierungsarbeit dienen sollten. Eine Absicherung erfolgte nicht, das Finanzierungsdefizit wurde durch die Koalition mit einer globalen Minderausgabe in Regierungsverantwortung gestellt. Der Finanzminister hat in seinem Haushaltsführungserlass dieses Finanzierungsproblem dahingehend gelöst, dass er die Ausgaben teilweise gesperrt hat. Damit sind auch zahlreiche Projekte in ihrer Durchführung gefährdet und ein Großteil der von der Koalition beschlossenen Aufwüchse Makulatur. Die Fraktion DIE LINKE erachtet es daher für notwendig, eine aktuelle Debatte zum Thema durchzuführen.

Lehrkräfte einstellen, jetzt! (Drs. 7/1306)
Während nach eigenen Berechnungen der Fraktion DIE LINKE 600 Lehrerstellen in Sachsen-Anhalt unverzüglich ausgeschrieben werden müssen, um das derzeitige Niveau der Unterrichtsversorgung nicht weiter zu verschlechtern, verzögern sich die Ausschreibungen für Lehrkräfte an den Schulen Sachsen-Anhalts gegenüber den vorgesehenen Planungen. Entsprechend fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, unverzüglich zu handeln und gegenzusteuern. Es sind alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass die für das neue Schuljahr erforderlichen Neueinstellungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und zum Ersatz aus dem Dienst ausgeschiedener und noch ausscheidender Lehrkräfte realisiert werden können. Dazu sind mindestens 600 Stellen unverzüglich auszuschreiben.

UNHCR-Aufruf folgen – Dublin-Überstellungen nach Ungarn aussetzen (Drs. 7/1304)
Am 10. April 2017 hat der UNHCR dazu aufgerufen, Rücküberstellungen von Asylbewerber*innen aus anderen EU-Staaten nach Ungarn unter der Dublin-Verordnung zeitweise auszusetzen. Hintergrund ist die Novellierung des Asylgesetzes in Ungarn, auf deren Grundlage Geflüchtete für die Dauer ihres gesamten Asylverfahrens in Frachtcontainern, die von hohen Stacheldrahtzäunen umgeben sind, interniert werden. Dies sind unmenschliche Zustände, die auch Kinder betreffen. Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung daher auf, auf Bundesebene darauf zu dringen, dass Überstellungen von Geflüchteten von Deutschland nach Ungarn auf Grundlage der Dublin-III-Verordnung bis auf Weiteres grundsätzlich ausgesetzt werden. Auf Landesebene soll zudem – bis zur Umsetzung einer solchen bundeseinheitlichen Aussetzung des Dublin-Verfahrens – bei sogenannten Dublin-Fällen aus Ungarn eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen gemäß § 60a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz praktiziert werden.

Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren gehört erneut auf den Prüfstand (Drs. 7/1305)
Die Fraktion DIE LINKE ist der Auffassung, dass Hunde zukünftig nicht mehr aufgrund ihrer Rasse, sondern ausschließlich aufgrund ihres Verhaltens als gefährlich eingestuft werden sollten. Dies ist das Kernanliegen eines Antrags, mit dem die Fraktion das Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren erneut auf den Prüfstand stellen will. Nach nunmehr einjähriger Praxiserprobung des novellierten Gesetzes soll untersucht werden, ob durch die Anwendung der gesetzlichen Regelungen die Gefahren für die öffentliche Sicherheit, die mit dem Halten und Führen von Hunden verbunden sind, abgewehrt und minimiert sowie die Anzahl der Beißvorfälle mit Hunden gesenkt worden sind. In den Prüfauftrag sind insbesondere die Zweckmäßigkeit, Sinnhaftigkeit und Praktikabilität der im Gesetz verankerten Maßnahmen zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren einzubeziehen.

"Lesen wider das Vergessen"- eine gemeinsame Aktion mit gemeinsamen Anliegen - initiiert durch DIE LINKE

Von Katja Bahlmann/Harald Uske

Schon in Naumburg zur Tradition geworden ist die, anlässlich des Tages des Buches, stattfindende gemeinsame Aktion mit gemeinsamen Anliegen—das „Lesen wider das Vergessen." Eine Veranstaltung, die uns die Erinnerungskultur an die öffentliche Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 als Höhepunkt der systematischen Verfolgung jüdischer, marxistischer, pazifistischer und anderer oppositioneller oder politisch unliebsamer Schriftsteller leben lässt. Und wir lasen wieder aus Büchern, die die Nazis immer vernichten wollten. Zum Glück ist ihnen dies nicht gelungen. Der Einladung des breiten Bündnisses von Akteuren auf Initiative der LINKEN waren über 120 Zuhörende gefolgt.

Ganz besonders möchte ich mich nochmals bedanken bei
Herrn Albrecht Günther, Leiter der regionalen Redaktion Naumburg/Nebra des Naumburger Tageblatts /Mitteldeutsche Zeitung für seine hervorragende Moderation und seine Artikel zur Ankündigung und Würdigung unserer gemeinsamen Aktion in der Presse,
Herrn Jörg Neumann, Dramaturg und Theaterpädagoge im Naumburger Theater, für seine aktive Vorbereitungsarbeit und fachkundige Beratung zur Gestaltung unserer Aktion und
Harald Uske, Mitglied des Vorstandes des Stadtverbandes Naumburg der Partei DIE LINKE für die Gesamtkoordination der Veranstaltung**, vielen Dank für die reibungslose Organisation.**
Herrn Pfarrer Hans-Martin Ilse vom „forum ehrenamt" und dem Arbeitsforum Willkommenskultur für seine geniale Idee unsere Aktion „Lesen wider das Vergessen" eng zu verknüpfen mit dem „Picknick in der Naumburger City" gemeinsam mit in unserer Stadt lebenden Flüchtlingen. Beide Aktionen bedingen sich einfach und zeigen auf anschauliche Weise, wie wir gemeinsam die Konsequenz aus unserer Geschichte in der Gegenwart umsetzen: Nur gemeinsam geht es! Nur gemeinsam haben wir eine Zukunft. **Dank auch an die Mitstreiter**Innen von Herrn Ilse,
Frau Pfarrerin Christina Lang für ihr freundliches Eingehen auf unseren Kompromissvorschlag, unsere Aktion 30 Minuten später zu beginnen, wenn sie ihren Gemeindemitgliedern der Wenzelskirche durch Straffung des Gottesdienstes die Teilnahme als Zuhörerinnen und Zuhörer ermöglicht,
Frau Sabine Matzner, Leiterin der Naumburger Stadtbibliothek für die unsere Aktion begleitende Ausstellung damals verbrannter Bücher in der Bibliothek vom 02.-19. Mai und
Frau Dagmar Nüssel, Leiterin der Gutenberg-Buchhandlung für die thematische Gestaltung der Schaufensterauslage,
der **Naumburger Druckerei Hans-Jürgen Schmidt** für den gespendeten Druck unserer Aktions-Flyer in voller Höhe,
Herrn Optiker Klotz für die Bereitstellung des Stromanschlusses und auch allen weiteren Anwohnern für ihr entgegengebrachtes Verständnis für unsere Aktionen in ihrer Jacobstraße,
Frau Ingrid Zupfer, Lehrerin an der Freien Schule Burgenland „Jan Hus", für ihr fleißiges Fotografieren des gesamten Geschehens für **alle**, die die Bilder haben wollen,
dem **Naumburger Theater** und dem **Freyburger Hotel „Edelacker"** für die Bereitstellung der Lautsprecher- und Mikrofontechnik,
und allen fleißigen Helfern des Naumburger Stadtverbandes unserer Partei für die Bereitstellung all dessen, was für unsere Aktion notwendig war, für die Vorbereitung, den Auf- und Abbau des Zeltes, der Sitzgelegenheiten usw. usf. (**Pia Schillinger, Kay Franke, Dr. Wolfgang Süß, Jan Thyen—vielen herzlichen Dank allen Helfern**)

Mein Dank gilt auch den vielen Leserinnen und Lesern, die sich in Vorbereitung der Veranstaltung intensiv Gedanken zu ihrem Lesestück gemacht haben und was sie den Zuhörern damit sagen wollten—es ist angekommen, die Botschaft darüber nachzudenken!

Und natürlich möchte ich ganz besonders den Zuhörenden für ihr Zuhören danken—sie waren der wichtigste Part an diesem Tag, denn ohne die vielen Zuhörenden wäre die Veranstaltung ohne Resonanz geblieben. Danke an alle, die gekommen sind, die zugehört haben und die hätten noch gern bleiben wollen, als die Veranstaltung schon zu Ende war.

Der Kreisvorstand DIE LINKE Burgenlandkreis hat bereits in seiner Beratung am 9. Mai 2017 beschlossen, auch im nächsten Jahr wieder Initiator von „Lesen wieder das Vergessen" zu sein. 2018 wird das Lesen am 6. Mai 2018 stattfinden.

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Do	01.,06.	Kindertag in Naumburg—Hüpfburg, Stände usw.	10.00 Uhr	Marienplatz, Naumburg
Di	06.06.	KAG SENIOEN	14.00 Uhr	Salzstr. 28, Naumburg
Di	06.06.	BO-Vorstand Stadtverband Hohenmölsen	17.00 Uhr	SKZ Lindenhof, Hohenmölsen
Sa	10.06.	1050 Jahre ZEITZ—Festveranstaltung/Umzug		Zeitz
Mo	12.06.	1. Mandatsträgertreffen im BLK in Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion DIE LINKE BLK und dem kommunalpolitischen Forum Sachsen-Anhalt	16.00 Uhr	Hotel Edelacker, Freyburg
Di	13.06.	BO-Vorstand Naumburg	19.00 Uhr	Salzstr. 38, Naumburg
Di	13.06.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Klimpkes Kneipe, Naumburg
Do	15.06.	Infostand Hohenmölsen	9.00 Uhr	Markt, Hohenmölsen
Do	15.06.	Sitzung Kreistagsfraktion DIE LINKE. BLK	16.00 Uhr	Töpferdamm 6, Weißenfels
Do	15.06.	Sitzung Kreisvorstand DIE LINKE BLK	18.00 Uhr	Töferdamm 6, Weißenfels
Fr	16.06.	10 JAHRE DIE LINKE.—GEBURTSTAG—“Fest der LINKEN“ in Berlin		Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin
Mi	21.06.	REDAKTION KURIER	9.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz
Mi	21.06.	Gesprächsrunde DIE LINKE. Hohenmölsen	18.00 Uhr	SKZ Lindenhof, Hohenmölsen
Do	22.06.	Beratung der BO-Vorsitzenden mit dem Kreisvorstand in Naumburg	16.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Do	22.06.	Beratung Kreiswahlbüro mit den BO-Vorsitzenden	17.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Mo	26.06.	Gesprächsrunde mit der Direktkandidatin Birke Bull-Bischoff im Seniorenbüro Hohenmölsen	15.00 Uhr	Seniorenbüro Hohenmölsen
Di	27.06.	Fraktionssitzung DIE LINKE Stadtrat Weißenfels	17.00 Uhr	Töpferdamm 6, Weißenfels
Di	27.06.	Vorstandssitzung BO-Naumburg	19.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Di	27.06.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
		VORSCHAU		
Di	11.07.	Vorstandssitzung BO-Naumburg	19.00 Uhr	Salzstraße 38, Naumburg
Di	11.07.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Mi	12.07.	REDAKTION KURIER	9.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz

Grundlage aller terminlichen Verabredungen ist der Wahlkampfkalender des Kreisverbandes Burgenlandkreis—die hier aufgeführten Termine erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit oder Verbindlichkeit! - Ausschlussklausel—***Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.***

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

<u>die im Juni</u> ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

<u>Zur Beachtung!</u> Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder der Kreisvorsitzenden.